

# Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 512

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: Westfalen Crew (Junge Liberale Westfalen-West, Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe, Junge Liberale Münsterland, Junge Liberale Westfalen-Süd)

Status:  angenommen  nicht angenommen  verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

## 1 Außenpolitische Geisterfahrt beenden: Europas Antwort auf Systemrivale China

3 In den letzten Jahrzehnten erfuhr die Volksrepublik China ein weltweit beispielloses  
4 wirtschaftliches Wachstum. Als Junge Liberale begrüßen wir es, dass Millionen von Chinesen auf  
5 diese Art und Weise den Weg aus der Armut finden konnten und weiterhin finden werden.

6 Dennoch müssen wir auch 20 Jahre nach dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation  
7 feststellen, dass das Land in puncto Marktöffnung nicht nennenswert vorangekommen ist. Viel  
8 mehr noch hat das Jahrhundertprojekt der *Neuen Seidenstraße* den Anspruch, neben der  
9 Stärkung des globalen und wirtschaftlichen Einflusses, das politische System Chinas in all seinen  
10 Facetten und mit all seinen Werten weltweit zu etablieren. Mit der *One Belt, One Road Initiative*  
11 hat die Volksrepublik China den Anspruch, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges eine  
12 neue ideologische Alternative zu Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit weltweit zu  
13 etablieren – auf kurz oder lang wird sich Europa diesem Systemkampf stellen müssen.

14 Die Jungen Liberalen konstatieren, dass weder die Bundesrepublik Deutschland noch die  
15 Europäische Union bisher eine ausreichende, geschweige denn umfangreiche Antwort auf  
16 Chinas Ansprüche liefert. Wollen wir aber auch zukünftig die liberale Welt mit Demokratie,  
17 Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit stärken, ist eine klare außenpolitische Haltung zu China  
18 notwendig.

19 Die Jungen Liberalen fordern deswegen:

### 20 1. Ein geeintes Europa als Antwort auf China

21 Weder die Europäische Union, noch die einzelnen Mitgliedstaaten sind ohne völlige Einheit  
22 gegenüber China ein Gesprächspartner auf Augenhöhe.

23 Insbesondere bilaterale und subregionale Frameworks der Zusammenarbeit, wie das vom  
24 chinesischen Außenministerium ins Leben gerufene 16+1 Format, haben eine Pflicht, sich nicht  
25 nur an europäische Gesetze und Regeln zu halten, sondern auch, zur Wahrung  
26 gesamteuropäischer Interessen, ausschließlich in Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten  
27 sowie der europäischen Kommission Abkommen zu schließen. Ein solches Verhalten wird  
28 ebenfalls zur Transparenz und Akzeptanz der gegenseitigen Interessen beitragen.

### 29 2. The New Great Game - Eine Europäische Konnektivitätsstrategie

30 Die *One Belt, One Road Initiative* der Volksrepublik China ist das ambitionierteste  
31 Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhundert. Mit Hilfe dieser Initiative hat Xi Jinping den Anspruch,  
32 China zu nichts weniger als dem neuen Zentrum der Welt zu machen. Das nach außen  
33 kommunizierte "Win-Win-Projekt für alle" nimmt schon jetzt global massiven Einfluss auf die  
34 politische Lage.

35 Auf dem europäischen Kontinent hat China mit dem Hafen in Piräus den einzigen  
36 Tiefwasserhafen zwischen Sueskanal und Bosphorus gekauft. Nicht nur geographisch gesehen  
37 war der Kauf ein Coup für China: Die Investitionen führten dazu, dass Griechenland gegen eine  
38 Abgabe eines gemeinsamen europäischen Statements zur Menschenrechtslage in China im  
39 UN-Menschenrechtsrat stimmte.

40 Die politischen Zugeständnisse werden oftmals über eine beispiellose finanzielle Abhängigkeit  
41 geschaffen, wie etwa das Beispiel Laos offenbart. Die kaum rückzahlbaren Kredite chinesischer  
42 Banken werden durch politische Gefälligkeiten getilgt. So hält der Staat Laos China im Kreise der  
43 ASEAN-Staaten schon jetzt den Rücken frei, wenn es um zweifelhafte Besitzansprüche im  
44 Südchinesischen Meer geht.

45 Die wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine europäische Alternative zur *OBOR-Initiative* von  
46 dringender Notwendigkeit ist. Hierzu bedarf es einer europäischen Konnektivitätsstrategie, die an  
47 klaren Standards orientiert ist. Eine solche Strategie verfolgt einerseits das Ziel, den  
48 europäischen Kontinent noch näher zusammenzubringen, andererseits muss sie den  
49 europäischen Ansatz für eine nachhaltige Konnektivität weltweit etablieren.

50 Folgende, sich in diesem Antrag nicht notwendigerweise erschöpfende, Maßnahmen sollten in  
51 einer europäischen Konnektivitätsstrategie unbedingt berücksichtigt werden:

- 52 · Schaffung neuer Verkehrsverbindungen über Europa bis nach Asien und Afrika
- 53 · Ausbau der digitalen Netze weltweit
- 54 · Ein Handlungskonzept für Zentralasien
- 55 · Zielgerichtete Investitionen in den Chancenkontinent Afrika
- 56 · Die Schaffung weiterer Freihandelszonen weltweit

57 Die europäische Strategie muss sich in ihren Charakteristika entscheidend von der chinesischen  
58 OBOR-Initiative unterscheiden. Intransparente Auftragsvergabeverfahren und den Einsatz von  
59 ausschließlich nicht-heimischen Arbeitskräften lehnen wir deswegen entschieden ab.

### 60 **3. Europäische Investitionskontrolle**

61 Wir begrüßen die Einführung der europäischen, sowie die Verschärfung der deutschen  
62 Investitionskontrolle zur Bewahrung kritischer Inputs, kritischer Technologie sowie kritischer  
63 Infrastruktur. Eine weitere europäische Vereinheitlichung des FDI-Screenings ist zum effektiven  
64 Schutz vor Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unabdingbar. Die  
65 eingeführte Meldepflicht für Mitgliedsstaaten sowie die Kontrolle durch die europäische  
66 Kommission sind ein erster Schritt, mittelfristig muss die Prüfungsbefugnis der Kommission auch  
67 die Beschränkung und Untersagung von Investitionen beinhalten.

### 68 **4. Kein Ausverkauf der Infrastruktur**

69 Der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes durch chinesische Firmen wie Huawei ist abzulehnen.  
70 Deutschland darf sich nicht durch den Ausverkauf von Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu China  
71 begeben. Wie weit die Abhängigkeiten reichen, wenn ein Staat elementar wichtige Infrastruktur  
72 an China verkauft, ist am Beispiel Griechenlands ersichtlich: China hält mittlerweile hohe Anteile  
73 am griechischen Stromnetz und zudem den Hafen Piräus in Staatshand. Griechenland fällt es in  
74 der Folge immer schwerer, sich bei gemeinsamen europäischen Entscheidungen gegen den  
75 chinesischen Staat zu wenden.

### 76 **5. Erzwungene Technologietransfers beenden**

77 Neben dem Schutz kritischer Technologien durch effektive Investitionskontrolle innerhalb des  
78 Unionsgebiets muss die europäische Union weiterhin konsequent gegen WTO-Regelverstöße  
79 der Volksrepublik vorgehen. Erzwungene Technologietransfers als Voraussetzung für den Eintritt

80 in den chinesischen Markt stellen nicht nur eine Bedrohung für die zukünftige  
81 Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen dar, sondern unterstützen im Rahmen von  
82 Dual-Use-Technologien auch den chinesischen Sicherheits- und Militärapparat. Die  
83 eingeschränkte Vertragsfreiheit, unzulängliche Transparenz und mangelhafte Investitions- und  
84 Rechtssicherheit sind Gift für den Schutz geistigen Eigentums. Weiterhin fordern wir die  
85 Aufhebung des "Joint-Venture-Zwangs" für Schlüsselindustrien.

## 86 **6. Internationale Gewässer schützen**

87 Fast ein Drittel des internationalen Handelsvolumens passiert das Südchinesische Meer,  
88 wodurch sowohl der de jure als auch der de facto Erhalt des Meeres als internationales  
89 Gewässer von vitalem Interesse ist. Wir unterstützen deswegen ausdrücklich die Bemühungen  
90 der Vereinigten Staaten von Amerika, die internationalen Gewässer im Südchinesischen Meer  
91 sowie die internationale Schifffahrt durch militärische Präsenz vor der Vereinnahmung Chinas zu  
92 schützen. Deutschland sowie die Europäische Union sollen zwischen den Mitgliedsstaaten der  
93 ASEAN für eine gemeinsame Positionierung bezüglich der Territorialansprüche im  
94 Südchinesischen Meer vermitteln.

## 95 **7. Abschaffung der Entwicklungshilfe für China**

96 Trotz des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs und dem Status als Staat mit der größten Kaufkraft  
97 weltweit ist die Volksrepublik China immer noch Empfänger deutscher Entwicklungshilfe. Wir  
98 finden: Das Geld inklusive seiner günstigen Kreditvergaben wäre woanders besser investiert. Die  
99 Jungen Liberalen setzen sich deswegen für eine vollkommene Abschaffung der  
100 Entwicklungshilfe für China ein.

## 101 **8. Keine Toleranz der Intoleranz**

102 Die Menschenrechtslage in Tibet und Xinjiang ist nach Einschätzung weltweiter Experten  
103 katastrophal. Kritischen Stimmen und Berichterstattung wird durch Einreiseverweigerung in die  
104 genannten Regionen aber ein Riegel vorgeschoben. Nach dem Prinzip der diplomatischen  
105 Gegenseitigkeit wollen wir jenen chinesischen Funktionären die Einreise in die Europäische  
106 Union verweigern, die EU-Diplomaten, Journalisten, Menschenrechtlern und NGOs den Zugang  
107 zu Tibet und Xinjiang verwehren. Hier muss die Europäische Union klar nach dem Prinzip "keine  
108 Toleranz der Intoleranz" handeln.

## 109 **9. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Hongkong**

110 Die massiven Proteste der letzten Wochen und Monate bezüglich des geplanten  
111 Auslieferungsgesetzes an China in Hongkong zeigen, mit welchen starken Spannungen  
112 zwischen der Volksrepublik China und der Sonderverwaltungszone Hongkong auf Jahre hinaus  
113 zu rechnen ist.

114 Für uns Junge Liberale ist dabei klar, dass wir hinter der Zivilbevölkerung Hongkongs stehen und  
115 das Streben nach Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Wir  
116 verurteilen jegliche Eingriffe Chinas in die Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und  
117 solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in Hongkong. Ihre Forderungen, den Entwurf des  
118 Auslieferungsgesetzes zurückzuziehen, freie Wahlen in Hongkong stattfinden zu lassen und der  
119 Achtung aller weiteren in der "Basic Law" garantierten Grundrechte sind berechtigt. Gemäß der  
120 *Sino-British Joint Declaration* stellen sie eine völkerrechtliche Verpflichtung der Volksrepublik  
121 China dar. Die internationale Gemeinschaft muss aus diesem Grund auf die Einhaltung jener  
122 völkerrechtlichen Verpflichtung pochen.

123 Zudem fordern wir auf UN-Ebene eine lückenlose und transparente Aufklärung der gewaltsamen  
124 Niederschlagungen von Demonstrationen. In diesem Zusammenhang muss ebenfalls geklärt  
125 werden, ob China durch Polizisten und V-Männer vor Ort Demonstranten blutig  
126 niedergeschlagen hat.

127 **10. Bekenntnis zu Taiwan**

128 Die Jungen Liberalen setzen sich für die volle völkerrechtliche Anerkennung Taiwans ein.  
129 Ebenfalls fordern wir eine weitere Vertiefung der Beziehungen über transnationale  
130 Organisationen und der Kooperationen in Forschung und Wissenschaft.

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.*